

# Das Halbproletariat

## Der Kampf für menschenwürdige Unterkünfte für die ärmere Stadtbevölkerung der Philippinen

Die Situation armer Stadtgemeinden ist das Spiegelbild bitterer Armut in den Philippinen. Die so genannten städtischen Armen, die BewohnerInnen dieser Gemeinden, besitzen keine menschenwürdigen Unterkünfte und leben auf Grundstücken, die ihnen nicht gehören. Man findet sie in Slumgebieten, in einer stinkigen, dreckigen, überfüllten und gewalttätigen Umgebung, in der ein heruntergekommene Haus neben dem nächsten steht.

Die nationale Behörde für wirtschaftliche Entwicklung (NEDA) definiert die städtischen Armen als Individuen oder Familien, die in Ballungsgebieten oder Städten leben, einen Verdienst weit unterhalb des normalen Lebensstandards haben und somit über keine Kapazitäten verfügen, um ihre Grundbedürfnisse zu decken, wie ausreichend nahrhaftes Essen, angemessene Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wasser, Elektrizität und Zugang zu anderen sozialen Diensten. Immer häufiger werden sie als »illegale Siedler« bezeichnet, da sie ihre Häuser auf freien Plätzen bauen, die ihnen nicht gehören, wie auf Gehwegen, unter Brücken, auf Mülldeponien oder entlang Eisenbahnen, Abwässer- und anderen Kanälen oder an Flussufern. Hier gedeihen Krankheiten, Laster und Kriminalität. Anstatt ein Bild der Hoffnungslosigkeit zu zeichnen, weist eine tiefergehende Analyse als Ursache dieser Lebensbedingungen eher auf eine Vernachlässigung seitens des Staates.

### Stadtentwicklung für wen?

Laut einer vom Koordinierungsrat für Wohnungsbau und Stadtentwicklung (HUDCC) und der technischen Arbeitsgruppe im Jahr 2012 veröffentlichten Statistik beträgt die Anzahl der städtischen Armen landesweit 14 Millionen, davon leben 7 Millionen oder 57 Prozent in Metro Manila.

So fallen die städtischen Armen nicht nur verschiedenen Arten von Katastrophen und Unfällen zum Opfer, sondern auch gewalttätigen Zerstörungen, erzwungenen Evakuierungen und Vernichtung ihrer Häuser. Die philippinische Kommission für städtische Arme (PCUP) verzeichnete im Jahr 2011 245 Fälle von Zerstörungen, mehr als die Hälfte davon in Metro Manila. Sowohl legale als auch illegale Versuche wurden unternommen, von Privatleuten oder Unternehmen beanspruchte Landgebiete wieder in Besitz zu nehmen. Gelegentlich sind auch

Syndikate darin involviert. Die städtischen Armen sind gleichermaßen ungeschützt, auch wenn es um öffentliche Bereiche geht. Die Prioritäten der Regierung liegen eher in der Durchführung von »Entwicklungsprojekten« – und dies in der Regel zu Lasten der Armen.

Das Thema städtische Arme ist ein soziales Problem, das schon seit Jahrzehnten besteht. Es ist tief mit der wirtschaftlichen Situation und fehlerhaften politischen Strategien des Landes verwurzelt. Die Migration der Landbevölkerung in städtische Ballungsgebiete wird als »gewaltige Abwanderung überschüssiger Arbeitskräfte« angesehen – die Mobilisierung einer Reservearmee an Arbeitern, hervorgerufen durch die Konzentration des Kapitals. Es ist ein lebender Beweis sozialer Ungerechtigkeit sowie eines unbilligen, ungerechtfertigten und unhaltbaren sozialen Systems, in welchem Reiche großzügig den Reichtum plündern können, während die Armen im Sumpf der Armut versinken.

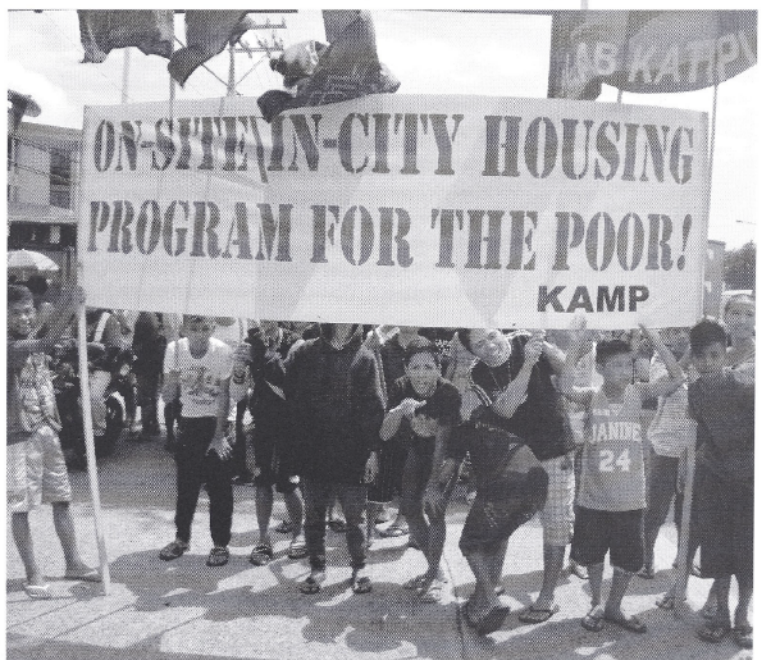
### Das Halbproletariat

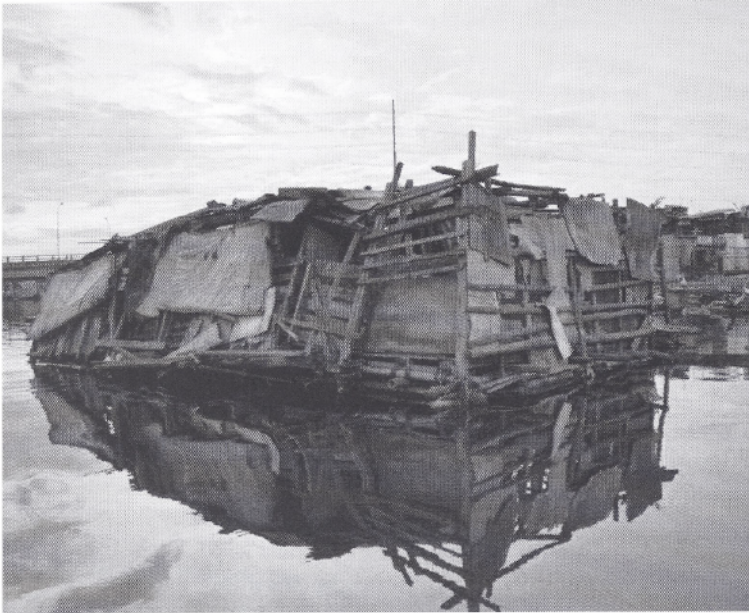
Die Politik der Liberalisierung hemmt das Wachstum der Wirtschaft mit einem ohnehin schon unterentwickelten, bankrotten und verwesenden Agrarsystem, das auf die Befriedigung des Weltmarktbedarfs an billigen Rohstoffen und billigen Arbeitskräften ausgerichtet ist und von den reichen und mächtigen

von  
Eduardo  
»Bubuy«  
Magahis  
(Übersetzung  
von Cornelia  
Müller)

*Der Autor ist Koordinator des Netzwerkes KAMP (Kampanya para sa Makataong Pamumuhay) und betreut deren Kampagne für humanes Wohnen. Des Weiteren ist er Koordinator von Kilos Maralita (Urban Poor Action) in Manila.*

*Junge Menschen demonstrieren für ein Wohnungsbauprojekt für Arme. Foto: KAMP Archiv.*





Eine Unterkunft  
in Manila aus  
Treibholz und  
Planen.  
Foto: Jes Aznar

gen Ländern kontrolliert wird. Diese Situation schuf eine neue Form von Arbeitskräften, deren Werk­ tätigkeit von Informalität, Regelwidrigkeiten und wechselnden Jobs geprägt ist: das so genannte »Halbproletariat«.

Dies sind die kleinbäuerlichen und Landarbeiter, die nicht über die Sicherheit von Landbesitz verfügen und somit die Reservearbeitskräfte in den Städten darstellen. Sie sind besitzlos und verfügen über keine ausreichenden Reserven; ihr einziges Kapital zum Überleben ist ihrer Hände Arbeit. Auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten siedeln viele von ihnen in die Städte um und lassen sich in Stadtgemeinden nieder. Erschwerend kommt hinzu, dass es trotz des radikalen Anstiegs an zusätzlichen Arbeitskräften aufgrund fehlender Industrie nur unzureichende Arbeitsangebote in städtischen Ballungsgebieten gibt, die dieses Plus an Arbeitskräften absorbieren könnten. Viele dieser Armen wünschen sich nun, in ein anderes Land zu gehen und dort lieber wie Sklaven zu arbeiten.

Die Lage der städtischen Armen wurde überdies durch die sukzessive Vernachlässigung der bisherigen Regierungen, Wohnraum zu schaffen, verschlimmert. Obwohl die jetzige Regierung Programme und Maßnahmen zum Wohnungsbau aufgelegt hat, sind diese jedoch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber keinesfalls dazu geeignet, den Armen wirklich zu helfen. Der Knackpunkt liegt darin, dass lieber das Image der Städte aufgebessert wird, indem man die »illegal besiedelten Gebiete« im Rahmen des »Entlastungsprogramms« der Regierung dem Erdboden gleichmacht.

Darüber hinaus privatisiert die Regierung im Rahmen ihrer Globalisierungspolitik öffentliche Bereiche und Dienstleistungen, die mit der Schaffung von Wohnraum verbunden sind. Beispiele hierfür sind die Verpachtung oder der Verkauf von weiten

Teilen öffentlicher Ländereien an den privatwirtschaftlichen Sektor. Private Unternehmen haben wiederum kein Interesse an Projekten zugunsten der Armen, sondern investieren in die Errichtung von Trabantenstädten, Eigentumswohnungen, Stadthäusern und nicht in Wohnungsbauprojekte und Neubesiedlungsprogramme für arme Stadtbewohner. Die Erfahrungen, die mit dem Projekt »North Triangle« gemacht wurden, bilden hier keine Ausnahme. Die Regierung schloss mit der *Ayala Corporation* ein Abkommen zur Entwicklung des Gebiets »North Triangle« in ein Geschäftsviertel von Quezon City, während die Menschen, die dort seit mehr als 30 Jahren lebten, gezwungen wurden, außerhalb von Metro Manila nach Montalban umzusiedeln.

Die Neuansiedlungsgebiete liegen nicht nur weit von Metro Manila entfernt, sondern ihnen fehlen auch jegliche sozialen Basisdienstleistungen, Lebensgrundlagen und Beschäftigungsmöglichkeiten. Somit ist die Evakuierung der städtischen Armen aus den so genannten Gefahrenzonen gleichbedeutend mit Hunger und Tod. Diese Situation zwingt sie wiederum, dahin zurück zu kehren, wo sie vorher gelebt haben, ungeachtet aller Gefahren und Restriktionen.

Sowohl die Geschichte also auch die Erfahrungen haben gezeigt, dass eine einfache Umsiedlung keine Lösung ist. Hierin begründet sich die Forderung, dass die städtischen Armen auch das Recht haben sollten, in den Städten und Ballungsgebieten wohnhaft zu sein. Dies schließt die Beteiligung von Menschen vor Ort mit ein, heute bezeichnen wir dies als »Vorschläge des Volkes«, dazu gehören auch gesichertes Wohnen, ausreichende Einrichtungen und soziale Dienstleistungen, vorausschauend und mit Würde arbeitende Kommunen sowie erschwinglicher Wohnraum.

### Der Kampf der städtischen Armen

Während den Präsidentschaftswahlen 2010 unterzeichneten die Organisationen vertragliches Abkommen mit dem nun amtierenden Präsidenten Benigno »PNoy« Aquino Hauptgegenstand des Abkommens war die Anerkennung der Teilhabe der städtischen Armen an der Formulierung von Wohnungsbauprogrammen und -maßnahmen.

Im Dezember 2010 setzte PNoy eine technische Arbeitsgruppe unter der Leitung des Innenministeriums und Abgeordneten der Kommunalregierung, Jessie Robredo, ein. Vertreter der städtischen Armen wurden in die Arbeitsgruppe aufgenommen, die die Aufgabe hatte, neue alternative Maßnahmen hinsichtlich der Zerstörung von Behausungen und des Wohnungsbauprogramms der Regierung zu entwickeln.

Die städtischen Armen stimmten zu, an dem Prozess teilzunehmen, um Reformen voranzutreiben, vor allem, da die aktuelle Regierung in aller Öffentlichkeit kundgetan hat, für Veränderungen, Reformen und die Interessen der Armen einzutreten. Was auch immer diese Bemühungen nun insgesamt für Früchte tragen werden, auf jeden Fall sorgen sie für ein tieferes Verständnis ihres Rechtes gleichermaßen in Ballungsgebieten und Städten leben und wohnen zu dürfen.

Dank der Bemühungen der Arbeitsgruppe wurde auch ein Rahmenkonzept ins Leben gerufen, das die Beteiligung der städtischen Armen auf allen Entscheidungsebenen zur Entwicklung von Alternativvorschlägen anerkennt, die so genannten »Vorschläge des Volkes«. Dieses Rahmenkonzept bezieht sich auf lokale Entwicklung oder städtische Umsiedlungen, die vordringlich das Besiedlungsprogramm und die Mittelzuteilung der Regierung prägen und deren Implementierung mit zehn Milliarden Peso jährlich dotiert wird.

Leider wurde das von der Arbeitsgruppe formulierte Rahmenkonzept weder von der Regierung abgelehnt noch bewilligt. Bis heute befindet es zwischen den Interessengruppen heftig diskutiert; einerseits von den städtischen Armen, die für das Rahmenkonzept eintreten, und andererseits von der nationalen Behörden wie die Wohnungsbaubehörde (NHA), die an dem alten Konzept der Umsiedlung »außerhalb der Städte« festhalten wollen.

Ungeachtet dessen haben die Organisationen der städtischen Armen nicht in ihren Bemühungen nachgelassen, durch Massenaktionen außerhalb des Arbeitsgruppenprozesses die Regierung dazu zu zwingen, Reformen und Veränderungen herbeizuführen, während sie gleichzeitig für die Umsetzung jedes einzelnen konkreten Volksvorschlags eintreten. Die Hartnäckigkeit ist wichtig, um die vollumfängliche Implementierung bestimmter Volksvorschläge zu erreichen und damit eine Art Blaupause für eine erfolgreiche Mitsprache in der Wohnungsbaupolitik der Regierung zu schaffen.

Eine jährliche Unterstützung von zehn Milliarden Peso über einen Zeitraum von fünf Jahren könnte ausreichen, um für die 104.000 Familien, die in den so genannten Gefahrenzonen innerhalb Metro Manilas leben, städtischen Wohnraum zu schaffen. Doch bislang hat die Regierung weder eine klare Strategie noch ein Programm für die mehr als 1,5 Millionen Familien vorgelegt, die noch nicht zu dieser Kategorie gehören. Daher wird die Implementierung der Umsiedlungsprogramme aus den Gefahrenzonen erstmal die Weichen für zukünftige Projekte stellen.

## Die Bewegung der städtischen Armen

Als eine Organisation unterschiedlicher Gesellschaftsklassen und -sektoren sind die städtischen Armen im Kern auf die Interessen und Ziele der ausgebeuteten Bevölkerungsklassen ausgerichtet, nicht nur bezogen auf das Wohnrecht, sondern auf gesellschaftlichen Wandel insgesamt.

In dem bestehenden sozialen System ziehen sich Armut und Hoffnungslosigkeit durch die unterschiedlichen ausgebeuteten Klassen, aus denen sich die städtischen Armen zusammensetzen, und lassen sie gemeinsam für eine Veränderung eintreten. Die bunte Vergangenheit des Kampfes der städtischen Armen in diesem Land ist dafür der lebende Beweis.

In der Vergangenheit war dieser Kampf geprägt von kurzfristigen Einzelaktionen. Mit dem Eintreten der Weltwirtschaftskrise in den vergangenen Jahren, der sich verschlimmernden Armut der Menschen und dem Fehlen von staatlichen Wohnungsbauprogrammen wurde die Notwendigkeit einer starken nationalen Koalition der städtischen Armen als Initiative wahrgenommen, um eine nationale und lokale Kampagne für menschenwürdige Unterkünfte für die Armen in Städten und Ballungsgebieten auf den Weg zu bringen. Dies war der Nährboden, aus dem *Kilos Maralita*, die Bewegung der städtischen Armen, hervorging. *Kilos Maralita* war wiederum Sprungbrett für die Bildung einer nationalen und multisektoralen Initiative, die sich massiv für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit einsetzt. Dies ist das Bündel von Forderungen, das die Kampagne für ein würdevolles Leben für alle (KAMP) in den Philippinen derzeit verfolgt (siehe Seite 63), um tausenden Filipin@s die Chance auf ein Leben in Würde inmitten der sich verschärfenden globalen Krise zu geben.

KAMP setzt sich für annehmbare Arbeitsplätze ein.  
Foto: KAMP Archiv

